

# Gute Laune trotz kalter Dusche

Der Spatenstich zum neuen Schwerverkehrszentrum im Oensinger Industriegebiet ist erfolgt.

Hans Peter Schläfli

Das meteorologische Drehbuch war perfekt geschrieben: Exakt im Moment, als die zuständige Regierungsrätin Sandra Kolly vor dem Spatenstich zum neuen Schwerverkehrszentrum in Oensingen zu ihrer Rede ansetzte, begann es in Strömen zu regnen. Sie liess sich nicht aus dem Konzept bringen und dankte dem Kantonsrat und dem Stimmvolk für die Genehmigung des Rahmenkredits von 5,9 Millionen Franken. So könne die Solothurner Polizei in voraussichtlich zwei Jahren hier eine neue, moderne Basis beziehen. Als Gegenleistung für den Beitrag an den Bau muss der Kanton während 40 Jahren dem Astra als Bauherrn keine Miete abliefern. Geplant ist, dass die Solothurner Kantonspolizei hier mit 31 Arbeitsplätzen präsent sein wird. Rund die Hälfte des Personals wird für die Kontrollen zuständig sein, die das Astra mit einem Leistungsauftrag an die Kantonspolizei überträgt. Die andere Hälfte wird die kantonale Abteilung Verkehrstechnik und Verkehrsüberwachung stellen. «Die gemeinsame Lösung mit dem Astra bringt beiden Seiten organisatorische und finanzielle Vorteile», lobte Kolly die Synergie.

## Ein Beitrag zur Steigerung der Verkehrssicherheit

Guido Biaggio, Vizedirektor des Bundesamtes für Strassen Astra, hob die Bedeutung für die Verkehrssicherheit hervor. Bei den Schwerverkehrskontrollen in der Schweiz summieren sich laut Biaggio im vergangenen Jahr rund 5000 ernsthafte Mängel, die festgestellt wurden. «Es ist unbestritten, dass wir damit die Sicherheit auf unseren Strassen erheblich verbessern konnten», sagte er. Das neue Schwerverkehrszentrum in Oensingen werde dank modernster Anlagen einen wichti-



Fabian Gloor (Gemeindepräsident), Richard Kocherhans (Astra), Guido Keune (Hochbauamt), Sandra Kolly (Regierungsrätin), Guido Biaggio (Astra), Susanne Schaffner (Regierungsrätin) und Thomas Zuber (Polizeikommandant) legten für den Spatenstich Hand an (v.l.). Bild: hps

gen Beitrag leisten, damit unsere Strassen noch sicherer werden.

Hübsch anzusehen ist es nicht, das grosse Oensinger Industriegebiet mit seinen gigantisch voluminösen Zweckgebäuden ohne architektonischen Charme. Aber es ergibt durchaus Sinn, dass das Bundesamt für Strassen gerade hier das neue Schwerverkehrszentrum baut – das mit nur wenig mehr als zehn Metern Höhe im Vergleich zu den Nachbarn erst noch eher klein ausfällt. Als

«Meilenstein» bezeichnete Fabian Gloor als Oensinger Gemeindepräsident den Spatenstich. «Wir begleiten das Projekt jetzt schon seit einigen Jahren.» Der Standort sei ideal, weil er sich nahe am Autobahnanschluss befindet und die Lastwagen nicht durchs Dorf fahren. In zwei Jahren soll in der Region auch der Sechsspurausbau der A1 beginnen. «Dazu gibt es noch das gemeinsame Gesamtverkehrsprojekt der Gemeinde Oensingen mit dem Kanton», sagte Gloor zum weiteren Vor-

gehen. «Für unser Dorf ist es eine absolute Notwendigkeit, dass auch dieses Projekt vorangetrieben wird.» Wenn es nach der Politik geht, dann soll das neue Schwerverkehrszentrum im Sommer 2024 eingeweiht werden.

## Ingenieurbüro offenbar in Verzug

Beim gemütlichen Teil, einem Apéro riche, drehten sich dann die informellen Gespräche der Vertreter der am Bau beteiligten Firmen um die in den kommen-

den Wochen anstehenden Arbeiten. Dabei zeigte sich, dass der Optimismus der politischen Redner wohl etwas relativiert werden muss. Die Pläne des Ingenieurbüros, von dem kein Vertreter beim Spatenstich ausfindig gemacht werden konnte, liegen offenbar noch nicht auf dem Tisch der beteiligten Baufirmen. Und so einfach aufs «Gratwohl» hinaus können viele Vorarbeiten nicht angegangen werden. Ein endloser Rattenschwanz von Verzögerungen könnte die Folge sein.

## Der Brand war gelegt worden

Lommiswil Am 18. August brannte in Lommiswil ein ehemaliges Bauernhaus komplett nieder. Zuerst war unklar, ob sich noch Personen im Gebäude aufgehalten hatten, die Polizei ging allerdings nicht davon aus. Wie die Kantonspolizei gestern nun mitteilte, haben Polizeiangehörige am letzten Donnerstag im Bauschutt im Dachstock Überreste einer toten Person aufgefunden.

Abklärungen des Instituts für Rechtsmedizin haben inzwischen ergeben, dass es sich dabei um den bis dahin vermissten Bewohner des Hauses handelte. Gemäss Mitteilung ergaben die Ermittlungen zudem, dass der Brand in der angebauten Scheune ausbrach. Als Brandursache stehe die Verwendung eines Brandbeschleunigers im Vordergrund. Laut Kapo bestehen zurzeit keine Hinweise auf eine strafbare Dritteinwirkung. «Ob der Mann den Brand selbst gelegt hatte, konnte aufgrund des Zerstörungsgrades des Gebäudes nicht abschliessend ermittelt werden», sagt Kapo-Sprecherin Astrid Bucher auf Anfrage. «Ein Unfall kann nicht gänzlich ausgeschlossen werden.» Die polizeilichen Ermittlungen zu den Brandsachenabklärungen sind unterdessen abgeschlossen. (pks/maf)

## Podium: Es fährt ein Shuttlebus

Zuchwil Am Donnerstagabend, ab 19.30 Uhr, organisiert die SVP für Bürgersaal in Zuchwil (Brunnmattstrasse 24) ein Podium zum Thema Energie-notstand. Diskutieren werden Jean-Philippe Kohl, Vize-Direktor von Swissmem, Noah Heynen, CEO von Helion und Nationalrat Christian Imark. Beim Bürgersaal hat es keine Parkplätze. Parkiert werden, kann bei der Schützenstube. Zwischen 19 und 20 Uhr sowie zwischen 22 und 23 Uhr fährt jeweils ein Shuttlebus. (szz)

# Zu wenig Personal, monatelange Wartezeiten

Die Solothurner Regierung fordert vom Bund, die Unterversorgung in der Kinder- und Jugendpsychiatrie zu bekämpfen.

Raphael Karpf

Haben Kinder oder Jugendliche im Kanton Solothurn psychische Probleme, können sie nur in Notfällen sofort behandelt werden. Alle anderen müssen, je nach Dringlichkeit, teilweise wochen- oder gar monatelang auf Hilfe warten. «Die Gefahr, dass sich Krankheiten in dieser Zeit manifestieren und das Leid der Kinder, Jugendlichen und deren Angehörigen vergrössert, ist offensichtlich», schreibt die SP-Fraktion.

Sie fordert von der Regierung deshalb, aktiv zu werden. Da das Problem nicht nur einzelne Kantone betrifft – das gilt insbesondere für den Kanton Solothurn, der keine eigenen stationären Plätze in der Kinder- und Jugendpsychiatrie mehr anbietet

– soll die Regierung deshalb eine Standesinitiative vorbereiten und so den Bund dazu bringen, das Problem anzugehen. Zwei konkrete Lösungen hat die SP im Sinn: Zum einen sollen die stationären wie auch ambulanten Plätze ausgebaut werden. Zum anderen soll eine Ausbildungs-offensive für Fachpersonen lanciert werden.

## Regierung grundsätzlich einverstanden

Einverstanden, findet die Solothurner Regierung grundsätzlich. Bevor sie in ihrer Antwort auf den Vorstoss ins Detail geht, skizziert sie aber noch die aktuelle Versorgungssituation genauer.

Verwiesen wird dabei etwa auf ein Schreiben der Vereinten Organisationen Kinder- und

Jugendmedizin. Diese hatten Anfang Jahr Bund und Kantone aufgefordert, «dringend zu handeln und Sofortmassnahmen zu ergreifen». Die Zahl und Dringlichkeit der psychischen Probleme von Kindern und Jugendlichen habe stark zugenommen. Die Wartezeiten hätten mancherorts eine «unzumutbare Länge angenommen».

## Neues ambulantes Angebot bereits stark ausgelastet

Gemäss Pro Juventute haben Kinder und Jugendliche in der Schweiz eine vergleichsweise hohe psychische Belastung. Diese zeige sich in der überdurchschnittlichen Jugendsuizidalität. Es brauche deswegen niederschwellige und rasch verfügbare psychiatrische Beratungsangebote. Ende 2020 wurde die

Kinder- und Jugendpsychiatrie im Kanton Solothurn umgekrempelt. Die stationären Plätze wurden geschlossen und auf die umliegenden Kantone verteilt, dafür wurde das ambulante Angebot ausgebaut. Auch darum sei es nun möglich, dass im ambulanten Bereich Notfälle noch gleichentags einen Termin erhalten. Bei regulären Anmeldungen gebe es hingegen Wartezeiten von einigen Wochen bis wenigen Monaten.

Ähnlich die Situation im stationären Bereich: Auch dort bestehen für Notfälle keine Wartezeiten, für geplante stationäre Aufenthalte (etwa in Bern oder Basel) gibt es Wartezeiten von einem bis vier Monaten, so die Regierung. Zwei Hauptprobleme macht sie für die aktuelle Unterversorgung

aus. Zum einen ist es der Personalmangel. Die kantonalen Ambulatorien hätten grosse Schwierigkeiten, geeignete Mitarbeitende zu finden.

Und auch die niedergelassenen Kinder- und Jugendpsychiaterinnen und -psychiater würden mit Anfragen überrannt werden. Allerdings gibt es auch nur deren elf im Kanton, zehn davon würden zudem Teilzeit arbeiten. Zudem könnte sich hier die Situation sogar noch verschärfen, würden doch verschiedene Pensionierungen anstehen, Nachfolge ungeklärt.

## Tarife sind nicht kostendeckend

Das andere Hauptproblem betrifft die Finanzierung. Der Tarif für ambulante Leistungen ist nicht kostendeckend. Das

heisst: Die Kantone müssen die ungedeckten Kosten übernehmen. Kostenpunkt für den Kanton Solothurn 2021: 14,5 Millionen Franken, wovon knapp die Hälfte für die Kinder- und Jugendpsychiatrie nötig war.

«Es ist stossend, dass die Tarife für ambulante Angebote nicht kostendeckend sind und die Kantone finanziell einspringen müssen», so die Regierung.

Darum will sie eine leicht angepasste Standesinitiative einreichen: Die Ausbildungs-offensive unterstützt sie. Doch statt mehr ambulanten und stationären Plätzen fordert sie einen nationalen, kostendeckenden Tarif für ambulante Leistungen. Denn das würde schon helfen, dass das Angebot ausgebaut würde. Wie es nun weitergeht, entscheidet der Kantonsrat.